

„Die Debatte um den Kohleausstieg braucht mehr Sachlichkeit, Verlässlichkeit und Ehrlichkeit“

Stellungnahme von Bürgermeister Dieter Spürck zum aktuellen Geschehen rund um den Hambacher Forst

Kerpen, 23.10.2018

Aus gegebenem Anlass, insbesondere mit Blick auf die teilweise sehr kontroversen Diskussionen und Aktionen im, am und zum Hambacher Forst nehme ich als Bürgermeister der Kolpingstadt wie folgt Stellung:

Räumungen im Hambacher Forst

Vor einigen Wochen wurde die Kolpingstadt Kerpen als untere Bauaufsichtsbehörde ebenso wie der Kreis Düren vom Bauministerium des Landes Nordrhein-Westfalen angewiesen, die nach einer geänderten Erlasslage des Ministeriums nunmehr baurechtlich illegalen Baumhäuser und andere im Wald befindliche bauliche Anlagen entfernen zu lassen. Umgesetzt werden musste dies durch einen sehr personalintensiven Einsatz der Kolpingstadt Kerpen, des Kreises Düren, der Polizei und vieler anderer Hilfsorganisationen. Das „Timing“ der Räumungen unmittelbar vor den geplanten Rodungen nach jahrelangem Dulden der Baumhäuser war mit Sicherheit schwierig zu vermitteln – zumal das Oberverwaltungsgericht genau diese Rodungen im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes zunächst gestoppt hat; nach derzeitigem Stand rechnen viele mit einer endgültigen Entscheidung des OVG erst Ende 2020. Unabhängig davon gilt Baurecht aber weiterhin. Es ist daher davon auszugehen, dass weitere Räumungen von Baumhäusern erfolgen werden.

Was mir in diesem Zusammenhang besonders am Herzen liegt: Bei allem Verständnis für die umweltpolitische Motivation von Menschen, sich für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen einzusetzen, habe ich kein Verständnis dafür, dass bei diesen Räumungen die Einsatzkräfte teilweise mit Fäkalien beworfen und mit „Zwillen“ beschossen wurden. Fahrzeuge, in denen Beschäftigte der Stadt von ihren Einsätzen zurückfuhren, wurden mit Molotow-Cocktails beworfen und es gab Drohanrufe zuhause. Das hat mit Umweltschutz nichts zu tun. Das sind Straftaten linksautonomer Kräfte, denen es in meinen Augen nicht um Umweltschutz geht, sondern um die rücksichtslose Bekämpfung des Staates und bestimmter Schlüssel-Industrien. Hierbei werden bewusst Schäden für Leib und Leben in Kauf genommen. Das ist menschenverachtend, schadet der Umweltbewegung, schadet dem sozialen Frieden und gehört strafrechtlich verfolgt.

Demonstrationen in und bei Buir und Manheim (alt)

Umweltschutz ist ein Anliegen, das uns alle betrifft und das mir persönlich, auch als Vater zweier Kinder, besonders am Herzen liegt. Umweltschutz fordert uns alle und ist nicht einfach, insbesondere nicht einfach auf wenige Lebensbereiche bzw. Wirtschaftsbereiche beschränkbar. Aktuell ist der Blick in der Öffentlichkeit sehr stark auf die mit dem Tagebau im Zusammenhang stehende geplante Abholzung des restlichen Hambacher Forstes gerichtet.

Aktuell kam und kommt es wiederholt in der Region, in Kerpen vor allem in und um Buir und Manheim (alt) zu großen Demonstrationen im Zusammenhang mit der geplanten Rodung des Hambacher Forstes. Demonstrationen sind vom Grundgesetz besonders geschützt und sind integraler Bestandteil einer lebendigen Demokratie, daher auch sehr schwierig zu verhindern. Aufgrund der großen Menschenmengen, die angereist sind und aufgrund vereinzelter rücksichtsloser Verhaltensweisen waren und sind sie für die örtliche Bevölkerung eine Belastung, die teilweise bis an die Grenzen des Zumutbaren ging; das gilt vor allem für Buir. Bestätigt wurden die Demonstrationen nach Versammlungsrecht durch den Polizeipräsidenten Aachen. Die Stadtverwaltung begleitete die Demonstrationen im Rahmen des rechtlich und faktisch Möglichen insbesondere durch das Ordnungsamt und durch die Feuerwehr; auch der Rettungsdienst war intensiv eingebunden. Dabei war es die Kolpingstadt, die Bedenken zur Sicherheit der Versammlungsteilnehmer und der betroffenen Bevölkerung immer wieder, auch zuletzt im Innenministerium, vorgetragen hat, um eine sichere Versammlung zu ermöglichen. Naturgemäß konnten hierbei nicht sämtliche Beeinträchtigungen für die Bevölkerung ausgeschlossen werden. Die Beschäftigten der Stadtverwaltung und auch viele Ehrenamtliche setzten sich aber sowohl vor Ort als auch im „Back Office“ (in Stäben) massiv und teilweise bis zur Grenze der eigenen Belastbarkeit während der gesamten Lagen dafür ein, die Beeinträchtigungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

In Manheim (alt) war und ist die Situation in mehrfacher Hinsicht besonders: Dort finden vom Polizeipräsidenten Aachen nach Versammlungsrecht als Dauer-Demonstration bestätigte Camps auf der Obstwiese statt. Nach meiner Kenntnis wird dieses Camp voraussichtlich noch bis Ende des Monats (31.10.2018) bestehen. Für ein Weiterbestehen sehe ich rechtlich keine Grundlage und werde sehr darauf drängen, dass dort keine weiteren Versammlungen stattfinden, die Verwaltung hat einer weiteren Nutzung sowohl mündlich wie schriftlich bereits widersprochen, RWE Power meines Wissens ebenfalls. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die dort noch wohnende Bevölkerung in Manheim (alt) besonderen Belastungen ausgesetzt ist: Häuser werden illegal von Linksautonomen besetzt. Das sind Straftaten, die von der Polizei zu verfolgen und schnellstens in Abstimmung mit dem Eigentümer der Häuser (RWE) zu beenden sind. Hierauf hat die Stadtverwaltung die Zuständigen sofort nach Kenntniserhalt informiert. Hierauf dränge ich auch weiterhin massiv. Bei der Gelegenheit: Nach der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes ist für solche Räumungen kein zivilrechtlicher Räumungstitel erforderlich.

Zudem laufen bzw. liefen Vermummte durch den Ort. Vermummungen sind nach Versammlungsgesetz verboten. Das gilt streng genommen nur für die eigentliche Versammlungsfläche (Obstwiese) und kann von der Polizei, die davon Kenntnis hat, dort unterbunden werden. Außerhalb der Versammlungsfläche ist das Herumlaufen von Vermummten nach meiner Lesart grundsätzlich nicht verboten. Aber es ist rücksichtslos gegenüber den Menschen in Manheim alt, die dadurch zum Teil erheblich verängstigt werden.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes führen seit Beginn der Versammlung täglich Aufklärungstreifen in Manheim-alt und an der Obstwiese durch. Werden hierbei Auffälligkeiten, z.B. vermummte Personen oder Verstöße gegen die Versammlungsbestätigung festgestellt, erfolgen permanent und unverzüglich Mitteilungen an das Polizeipräsidium Aachen. Mit Nachdruck werden vom Polizeipräsidium Maßnahmen und ein Durchgreifen gegen festgestellte Verstöße eingefordert.

Die Kolpingstadt Kerpen sieht bei der Entwicklung in Manheim und auf der Obstwiese nicht tatenlos zu. Die der Kolpingstadt Kerpen hierbei zustehenden Handlungsoptionen und Eingriffsmöglichkeiten beschränken sich jedoch nur auf eine Weiterleitung an die Polizei. Ein eigenes Einschreiten gegen die oben beschriebenen Auffälligkeiten und/oder Verstöße besteht hierbei nicht und wäre unter Umständen (Eingriffe in die Versammlung) sogar rechtswidrig.

Demonstrationen der IGBCE

Für den 24.10.2018 sind große Demonstrationen der Gewerkschaft IGBCE angekündigt. Ich habe es kürzlich sinngemäß auf einer IGBCE-Jubilärfestung gesagt und wiederhole es an dieser Stelle gerne: Ich habe großes Verständnis für diese Demonstrationen. Denn es geht nun einmal um die Sicherheit von zigtausenden Arbeitsplätzen in der Region (und auch in der Kolpingstadt Kerpen), die bei einer hektischen Flucht aus der Kohle gefährdet wären. Das gilt nicht nur für Beschäftigte bei RWE, sondern auch für viele Beschäftigte bei Unternehmen, die mit RWE in laufenden Geschäftsbeziehungen stehen (Zulieferer, Handwerksbetriebe etc.). Die Region braucht Verlässlichkeit und einen geordneten Strukturwandel. Die Kohle hat über sehr lange Zeit unseren Wohlstand gesichert. Sie ist jedoch keine Zukunftstechnik und wird daher auslaufen. Dafür gibt es einen Ausstiegsplan, der politisch abgestimmt und von der Bevölkerung weit überwiegend mitgetragen wird.

Und auch das gehört zur Wahrheit: Gerade diejenigen politischen Kräfte, die in Düsseldorf die aktuelle Politik der „schwarz-gelben“ Landesregierung kritisieren, mögen sich daran erinnern, dass die letzte („rot-grüne“) Landesregierung zuletzt mit der Leitentscheidung Garzweiler im Jahre 2016 einen Fahrplan zum geordneten Kohleausstieg beschlossen hat. Es geht hier um politische Glaubwürdigkeit, die schnell verspielt wird, wenn sich eine „politische Spontandemenz“ breit macht, bei der eigene Entscheidungen verdrängt werden. Zitat aus dieser Leitentscheidung: „Entscheidungssatz 1: Braunkohlenabbau ist im rheinischen Revier weiterhin erforderlich, dabei bleiben die Abbaugrenzen der Tagebaue Inden und Hambach unverändert (...).“ Vergessen?!

Was bleibt?

Insgesamt würde ich mir in der Auseinandersetzung um den Hambacher Forst mehr Sachlichkeit, Ehrlichkeit und Respekt vor Andersdenkenden und den Bedürfnissen der Menschen im Revier und aktuell vor allem in den betroffenen Ortsteilen Manheim (alt) und Buir wünschen. Teilweise erscheint mir der Kampf um den Hambacher Forst als ein sehr symbolischer Kampf – schon allein deshalb, weil es nur noch um die restlichen rund 10 Prozent des ursprünglichen Hambacher Forstes geht und weil er nur 0,02 Prozent des Waldbestandes in Nordrhein-Westfalen ausmacht. Auch sollten wir nicht vergessen, dass Deutschland mit dem Ausstieg aus der Atomenergie weltweit bereits Vorbildcharakter hat und dieser Ausstieg mit Blick auf die Versorgungssicherheit keinen gleichzeitigen sofortigen

Ausstieg aus der Kohleverstromung ermöglicht.

Klimaschutz ist für uns und die kommenden Generationen extrem wichtig, aber er ist nicht im nationalen Alleingang und nicht in einer überstürzten örtlichen „Flucht aus der Kohle“ unter Vernachlässigung anderer klimaschädlicher Effekte zu schaffen. Symbolpolitik – egal aus welcher politischen „Ecke“ heraus und mit welchen Motiven angetrieben, bringt den Menschen nichts. Die Menschen brauchen pragmatische, verlässliche (!) Lösungen und einen angemessenen Interessenausgleich zwischen Umweltschutz einerseits und der Sicherung von Arbeitsplätzen andererseits. Zudem sind wir alle gefragt, auch einen eigenen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten und den Blick nicht nur auf die Restfläche im Hambacher Forst zu richten. Wir brauchen sichere Arbeitsplätze, angemessenen Umweltschutz und mehr Respekt voreinander. Vor allen Dingen braucht die Menschheit keine Straftaten, was auch immer dafür als Vorwand angeführt wird.